

Pressemitteilung 01/2025

Magdeburg, 10.01.2025

Mehr als 40.000 Personen unterstützen Petition des VDP Sachsen-Anhalt zu einer verfassungskonformen Finanzierung der freien Schulen

Bis Mitte dieser Woche haben bereits mehr als 40.000 Personen die am 12.11.24 vom VDP Sachsen-Anhalt beim Petitionsausschuss des Landtages eingebrachte Petition „Gesetzliche Regelungen zur Finanzierung von Ersatzschulen“ unterstützt. Mit der ursprünglich aus zwei Teilen bestehenden Petition hatte sich der VDP Sachsen-Anhalt gegen die im Rahmen eines Haushaltsbegleitgesetzes geplanten Neuregelungen zur Ersatzschul-Finanzhilfe gewandt und verfassungskonforme Finanzhilferegulungen angemahnt. Die von der Landesregierung geplanten Kürzungen der verfassungsrechtlich normierten Finanzhilfe sollten – je nach Schulform – bis zu 25 Prozent ab dem Schuljahr 2025/26 betragen, womit die Existenz vieler Ersatzschulen in Frage gestellt wäre. Weiterhin hat der Verband in der Petition seine mittelfristigen Ziele und Forderungen an die Politik – abgeleitet aus der neuen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundrecht jedes Kindes auf schulische Bildung, der UN-Kinderechtscharta und einem Rechtsgutachten des Verfassungsrechtsexperten Prof. Winfried Kluth (Landesverfassungsrichter a.D.) – formuliert.

„Ich bin sehr dankbar dafür, dass unsere Anliegen binnen eines relativ kurzen Zeitraums von so vielen Bürgerinnen und Bürgern unseres Bundeslandes unterstützt wurden. Hierbei handelt es sich nicht nur um Eltern, deren Kinder eine freie Schule in Sachsen-Anhalt besuchen, sondern auch um Stadt- und Gemeinderäte, Vertreter von sozialen und arbeitgebernahen Verbänden und nicht zuletzt auch aus der Landespolitik. Dies zeigt, dass die freien allgemein- und be-

rufsbildenden Schulen eine feste und unverzichtbare Säule des Bildungswesens in unserem Bundesland darstellen. Dieses klare Votum der breiten Bevölkerung sollte von unserer Landespolitik nicht ignoriert werden.“, so Jürgen Banse, Geschäftsführer des VDP Sachsen-Anhalt.

Laut Banse hat auch diese breite Unterstützung ganz erheblich dazu beigetragen, dass mittlerweile die Koalitionsfraktionen Änderungen an dem vorliegenden Gesetzesentwurf angekündigt haben: „Wenngleich noch keine Verbindlichkeiten geschaffen wurden, haben unsere zahlreichen vor Weihnachten geführten Gespräche mit den Landtagsabgeordneten gezeigt, dass eine Verschlechterung der aktuellen Ersatzschulfinanzierung nicht das Ziel der Landespolitik sein kann. Unsere Bildungslandschaft braucht Rückenwind – egal ob es um Schulen in staatlicher oder freier Trägerschaft geht.“, so nochmals Banse. Mittelfristig halte der Verband an seinen in der Petition ergänzend ausgeführten und u.a. durch ein Gutachten begründeten weitergehenden Forderungen fest, um zu erreichen, dass in der Zukunft die Rahmenbedingungen für die freien Schulen und vor allem für deren Schülerschaft tatsächlich vollständig verfassungskonform ausgestaltet werden. Der Petitionsausschuss des Landtages wird sich auf seiner Sitzung am 16.01.25 mit der Petition des VDP Sachsen-Anhalt befassen.

Der VDP Sachsen-Anhalt vertritt als konfessionell und politisch neutraler Berufsverband die Interessen von allgemein- und berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft sowie von privaten Erwachsenenbildungsdienstleistern in Sachsen-Anhalt. Ihm gehören aktuell 95 Träger derartiger Bildungseinrichtungen mit mehr als 200 Niederlassungen an.

Für Rückfragen wenden Sie sich gern an:

Jürgen Banse, Geschäftsführer VDP Sachsen-Anhalt

Tel.: 0391/7319160

E-Mail: VDP.LSA@t-online.de

www.vdp-sachsen-anhalt.de